Zeitschrift: Saiten: Ostschweizer Kulturmagazin

Herausgeber: Verein Saiten

Band: 20 (2013)

Heft: 223

Artikel: Kontrollverlust

Autor: Wuhrer, Pit

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-884466

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kontrollverlust

Was sind die möglichen Konsequenzen einer Umwandlung öffentlicher Verkehrsbetriebe in Aktiengesellschaften? Wohin die Reise gehen könnte, zeigt ein mit St.Gallen vergleichbarer Fall: jener der Stadtwerke Konstanz. von Pit Wuhrer

Arg viel hatte sich die bürgerliche Mehrheit im Konstanzer Gemeinderat wahrscheinlich nicht gedacht, als sie sich am Ende des letzten Jahrhunderts dafür entschied, den stadteigenen Stadtwerken eine neue rechtliche Form zu geben – und aus dem Eigenbetrieb der Stadt eine privatwirtschaftliche Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GmbH) machte. So läuft es doch überall, mögen sich manche Mitglieder der Legislative gesagt haben, als sie die Hand hoben. Oder: Nur so sind wir flexibel genug für die Herausforderungen der neuen Zeit. Der eine oder die andere hat freilich auch aus Überzeugung für die Umwandlung gestimmt: Die Privatwirtschaft macht alles besser. Das glaubte man damals tatsächlich noch.

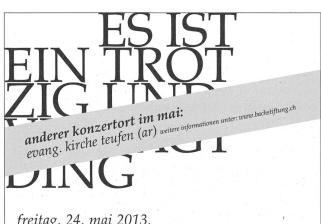
Anlass für die Überführung der Konstanzer Stadtwerke in ein Unternehmen, das sich ausschliesslich an betriebswirtschaftlichen Kriterien orientiert, war unter anderem die Liberalisierung des deutschen Strommarkts. Denn neben den Bädern, der Gas- und Trinkwasserversorgung, dem Busverkehr, der Fährverbindung Konstanz-Meersburg, dem deutschen Schiffsverkehr auf dem Bodensee und (zur Hälfte) der Fährverbindung Romanshorn-Friedrichshafen sind die Stadtwerke Konstanz GmbH (SWK) auch für die Stromversorgung zuständig – was Chancen auf einem höchst profitablen Markt bot.

Die neue Freiheit wusste die SWK-Geschäftsführung anfangs auch zu nutzen. So kaufte sie 2003 von der Deutschen Bahn die deutsche Bodensee-Schifffahrt. Das war wohl ein richtiger Entscheid, denn die «Erlebnisschifffahrt» scheint sich zu lohnen; ausserdem blieb damit dieses wichtige Tourismusprojekt Teil des Service public und ging nicht in private Hände (kurze Zeit später scheiterten die SWK allerdings beim Versuch, auch die österreichische und schweizerische Bodenseeflotte zu erwerben).

Weniger glücklich war hingegen der Beschluss, gemeinsam mit den Technischen Werken Friedrichshafen (heute: «Stadtwerk am See») eine Katamaran-Verbindung zwischen Konstanz und Friedrichshafen einzurichten. Im Bädergeschäft wiederum hat man sich etwas einfallen lassen: Die Konstanzer Therme wird auch von Besucherinnen und Besuchern aus der Schweiz frequentiert. Die Umwandlung in eine GmbH bot den SWK also neue Spielräume. Doch die Nachteile überwiegen. Dazu gehören:

Erstens: Mangelnde Transparenz

Die SWK veröffentlichen zwar jährlich eine Bilanz, aber viele Abmachungen bleiben geheim. So weiss bis heute nicht einmal der Gemeinderat offiziell, wie viel der städtische Betrieb der Deutschen Bahn für die Bodenseeschifffahrt gezahlt hat. Ausserdem halten die SWK - möglicherweise wegen interner Verträge - trotz negativer Erfahrungen an falschen Beschlüssen fest, etwa am Katamaran-Verkehr. Diese Schnellbootverbindung war 2005 in Betrieb genommen worden, obwohl es schon vorher erhebliche Kritik daran gab - und obwohl sich bei einem Bürgerentscheid in Konstanz eine grosse Mehrheit dagegen ausgesprochen hatte. Da die Gegner jedoch das in Baden-Württemberg notwendige Quorum von 25 Prozent aller Wahlberechtigten nicht erreichten, war das Nein nicht bindend. Inzwischen haben die Stadtwerke mit dem Katamaran knapp fünf Millionen Euro ins Wasser gesetzt.



freitag, 24. mai 2013, evangelische kirche, teufen (ar)

johann sebastian bach (1685 – 1750) «es ist ein trotzig und verzagt ding» Kantate BWV 176 zu Trinitatis

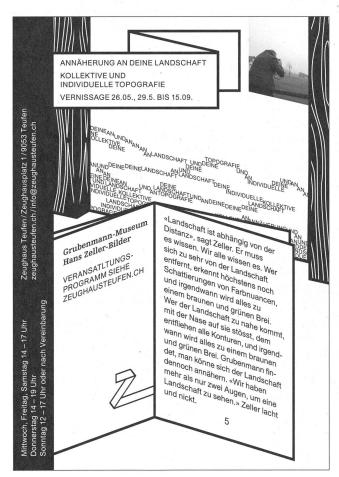
 $17.30-18.15\ uhr$ Einführung mit Rudolf Lutz und Karl Graf (Im Anschluss Imbiss) $eintritt: chf\ 40$

19.00 uhr Erste Aufführung der Kantate, Reflexion von Christina Aus der Au, Zweite Aufführung der Kantate eintritt: kat. a chf 50, kat. b chf 40, kat. c chf 10

solisten Monika Mauch, Sopran; Terry Wey, Altus; Manuel Walser, Bass chor & orchester der j. s. bach-stiftung leitung Rudolf Lutz

J. S. Bach-Stiftung | Postfach 328 | 9004 St. Gallen +41 (0)71 242 16 61 | info@bachstiftung.ch www.bachstiftung.ch









Zweitens: Kein direkter politischer Einfluss

Die SWK gehören zwar weiterhin der Stadt Konstanz, die den Aufsichtsrat stellt. In ihm sitzen neben zwei Bürgermeistern auch acht Mitglieder des Gemeinderats und fünf Belegschaftsvertreterinnen. Aber diese sind laut Satzung gehalten, im Zweifelsfall für die Belange der Stadtwerke zu entscheiden – und nicht für die Interessen der Stadt und deren Bevölkerung. So kommt es, dass sie meist nur abnicken, was die SWK-Geschäftsleitung empfiehlt. Vor der Ausgliederung entschied der Gemeinderat beispielsweise über die Höhe der Bus- oder Bäderpreise. Heute nimmt er deren Anhebungen nur noch zur Kenntnis.

Zudem erlauben die Statuten nur noch eingeschränkt eine Querfinanzierung. Früher subventionierte der hochprofitable Energie- und Versorgungssektor (Strom, Gas) den defizitären Busverkehr. Inzwischen gibt es da Grenzen. Die Folge: Vor zehn Jahren kostete eine einzelne Busfahrkarte 1,30 Euro. Heute 2,20 Euro. Eine Preissteigerung von siebzig Prozent – und das bei einer durchschnittlichen Reallohnsteigerung im selben Zeitraum um null Prozent.

Drittens: Auswirkungen auf die Beschäftigten

Die Folgen der Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Schröder-Regierung sind bekannt: Schaffung eines gigantischen Niedriglohnsektors, Hartz-IV, die Ausweitung von Leiharbeit, immer mehr Minijobs und Zunahme befristeter Arbeitsverträge. Auch öffentliche Unternehmen nutzen die politisch geschaffenen Möglichkeiten. Das ist derzeit an den Bussen der Südbaden-Bus GmbH, einer Tochter der staatseigenen Deutschen Bahn AG, abzulesen, die durch Konstanz kurven und am Heck in eigener Sache werben: Die Firma sucht momentan dringend Busfahrerinnen und fahrer, vor allem Minijobber für 450 Euro im Monat, «zur Verstärkung in Spitzenzeiten».

Die Privatwirtschaft ist weder effizienter, noch arbeitet sie kostengünstiger – im Gegenteil: Irgendwer muss schliesslich für die Dividenden zahlen. Ganz so schamlos ausbeuterisch sind die SWK noch nicht, aber auch hier heisst die Devise: Marktorientierung. Das trifft vor allem Neueingestellte. Wer heute neu einen Bus steuert, bekommt einen Nettolohn von 1600, vielleicht 1700 Euro; in einer Stadt, die zu den teuersten im Land gehört, ist das zu wenig.

Zudem sei die Zahl der befristeten Stellen stark angestiegen, wie Bertold Maier von der Gewerkschaft Verdi sagt. Darüber hinaus wurde die Arbeitsleistung enorm verdichtet: Während früher auf einer Fähre zwischen Konstanz und Meersburg im Sommer fünf und im Winter vier Arbeitskräfte beschäftigt waren, arbeiten heute auf derselben Fähre vier beziehungsweise drei Leute. Das seien zu wenige, argumentiert die Gewerkschaft, die sich auch um die Sicherheit sorgt.

Viertens: Gefahr einer Teilprivatisierung

Noch will die Stadt keine Anteile der Stadtwerke verkaufen, obwohl es aufgrund des profitablen Energiesektors Interessenten gibt. Gleichwohl: Mit der Ausgliederung der Stadtwerke in eine GmbH ist eine wichtige Voraussetzung für eine Teilprivatisierung gegeben. Da praktisch alle deutschen Kommunen in grosser Finanznot stecken – und aus Konstanz gewerbesteuerzahlende Unternehmen abwandern – könnte es durchaus sein, dass die Stadt in einer Notsituation Anteile der Stadtwerke verkauft. Und dann, so glaubt der Konstanzer Gewerkschafter Bertold Maier, wird die Sache richtig kritisch.

Die Alternative

Es gibt übrigens auch eine Gegenbewegung. Seit einiger Zeit bemühen sich viele deutsche Kommunen, vormals verkaufte oder ausgegliederte Dienstleistungen wieder eigenständig verwalten zu können. Der Grund für diese Rekommunalisierungs-Tendenz: Viele Städte haben festgestellt, dass sich die früheren Hoffnungen, die sie mit einer ganzen oder teilweisen Privatisierung ihrer Betriebe verknüpften, nicht erfüllten.

Zudem erkannten die Gemeinden, dass sich ausgegliederte Firmen nicht mehr durch die Politik steuern lassen. Vor allem die regionale Arbeitsplatzpolitik rangiert bei diesen Unternehmen weit unten. Und so befürworten alle, konservative Gemeinden ebenso wie sozialdemokratische Städte, eine Rekommunalisierung. Man sieht das beispielsweise jenseits des Bodensees: Tettnang, Meckenbeuren, Eriskirch, Langenargen – alles Kleinstädte in einem der schwärzesten Teile von Deutschland. Deren CDU-Bürgermeister gründeten 2008 das «Regionalwerk Bodensee» und nutzten die Gelegenheit, auslaufende Konzessionsverträge mit den grossen Energieanbietern nicht zu erneuern. Jetzt kümmern sie sich wieder selber um eine «verbraucherfreundliche», «regional orientierte» und «preisgünstige» Energieversorgung.

Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den der Konstanzer Journalist und «Woz»-Redaktor Pit Wuhrer Mitte März an einer SP-Veranstaltung in St.Gallen hielt.